

Redaktion:
Verwaltung:
Nr. 37.
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Postfach Nr. 32.
Postleitzahl 57344.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährig . . . 96.-
ganzjährig . . . 192.-

Der Zweck des Schutzgesetzes.

Bis zum Tage des Attentates war nicht ein Wort darüber zu vernehmen, daß der Schutz des Staates ein besonderes Ausnahmsgesetz erheische. Wohl hat das herrschende Bürgertum schon damals voll Neid nach Jugoslawien und Ungarn geblickt, wo, sei es mit Kerker, Galgen, Ausweisungen und Zwangsinternierungen die kommunistische Bewegung auszurotten versucht, oder durch die Mittel des weißen Schreckens die sogar die Gefinnung unter Strafandrohung stellen, das Aufkommen einer demokratischen Bewegung zu hindern gesucht wurde.

Unter den Gründen, mit denen das Nachwerk des Entwurfes zu beschönigen gesucht wird, figuriert auch der, die Prüfung der geltenden Strafbestimmungen habe ergeben, daß unser Strafgesetz veraltet und auf monarchistisch-scheinkonstitutionelle Verhältnisse zugeschnitten ist, so daß endlich an deren Stelle eine „Anfizierung des Rechtes“ treten müsse, welche den Anforderungen entspricht, die unter dem Schlagworte der „westlichen Demokratie“ zusammengefaßt werden.

Französische Strafmaßnahmen in Essen.

Essen, 14. Feber. (Wolff.) Divisionsgeneral Fournier hat dem Oberbürgermeister der Stadt in einem Schreiben mitgeteilt, daß er aufgrund der Weisungen der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der Alliierten nicht zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:
1. Das Hotel „Handelshof“ wird requiriert.
2. Den alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen, dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen.

Die Lohnfrage im Ruhrrevier.

Berlin, 14. Feber. In Düren und Köln haben, wie die Blätter melden, Beratungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über die Sicherung der Lohnzahlungen im altbesetzten Gebiet stattgefunden, die zu einer Vereinbarung führten. Ein ähnliches Abkommen soll auch für das nördliche Gebiet abgeschlossen werden.

Die Stützungsaktion für die Mark.

Berlin, 14. Feber. (Eigenbericht.) Die Stützungsaktion der Reichsbank hatte weitere Kursrückgänge zur Folge. Der Dollar fiel auf 23,41, die übrigen Devisen in ähnlichem Verhältnis. Die tschechische Krone steht nunmehr auf 703.

Die deutschen Luxusjenseinstellungen.

Berlin, 14. Feber. (Wolff.) Das Ministerium des Innern übergab heute dem französischen Botschafter die Antwort auf die Note vom 31. Jänner betreffend die Einstellung der Schnellzugverbindung Paris-Köln-Berlin-Warschau und Berlin-Expidition-Mosk.

Zeitungs-einstellungen und Verhaftungen.

Düsseldorf, 14. Feber. (Savas.) Die französischen Okkupationsbehörden haben die in Essen erscheinende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Folge ihres gehässigen Verhaltens gegen die Franzosen und Belgier, sowie der Veröffentlichung

nungsfreiheit restlos das Ende zu bereiten geeignet sind. Man geht nicht fehl, wenn man aus dem Inhalt des Entwurfes den Schluß zieht, daß das Gesetz allen anderen Zwecken voran die Bestimmung hat, den Boden für die kommenden Parlamentswahlen in der Slowakei vorzubereiten, wo der Schlüssel zur Erhaltung der tschechischen Koalition liegt.

Daneben gehen noch andere Zwecke. Man nehme — als kleines Beispiel — den ersten Paragraphen des Entwurfes, und man wird staunen, wie viel Lüge da schon eingespinnen ist. Ein „Anschlag auf die Republik“ wird dort unter anderem darin gesehen, „wer durch Gewalt oder durch Drohung die verfassungsmäßige Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaft einstellt oder eine solche Handlung versucht“.

Blockade und Mahregelungen.

Berlin, 14. Feber. (Wolff.) Ueber die Betriebslage im besetzten Gebiete wird mitgeteilt, daß seit gestern bei allen Kontrollstellen keine metallurgischen Erzeugnisse mehr durchgelassen werden, ferner seit heute auch an gewissen Stellen keine Lebensmittel.

Berlin, 14. Feber. (Wolff.) Ueber die Betriebslage im besetzten Gebiete wird mitgeteilt, daß seit gestern bei allen Kontrollstellen keine metallurgischen Erzeugnisse mehr durchgelassen werden, ferner seit heute auch an gewissen Stellen keine Lebensmittel. Der Betrieb des Düsseldorfener Fernsprechanstalt wurde von der französischen Besatzungsbehörde stillgelegt, weil die Herstellung von Verbindungen für Franzosen vom Personal verweigert worden war.

sehen wird, wenn das Delikt an einem Orte begangen wurde, der „besondere Würde erfordert“, also, wie der Entwurf ausdrücklich sagt, in einer „öffentlich rechtlichen Körperschaft“. Nicht nur der Wurf der Stinkbombe, sondern jedes scharfe Wort, das der Präsident einer der beiden Kammern als „Drohung“ auffaßt, so daß er sich veranlaßt fühlt, die Sitzung aufzuheben, jeder Versuch der Verhinderung der Tätigkeit des Parlamentes und noch viel mehr jede Obstruktion wird danach als „Verbrechen“ erklärt und kann mit — lebenslänglichem Kerker (!) bestraft werden.

geburt der tschechoslowakischen Reaktion, so hätte er die sozialdemokratischen Abgeordneten, die damals die Präsidententribüne stürmten, auf Lebenszeit in den Kerker stecken können. Was für ein armer Waisenknabe war doch dieser Padani, der als Exponent der absolutistischen Sozialmarika galt, gegen die demokratischen Verfertiger des vorliegenden Entwurfes.

Aber nicht nur die „gewalttätige“, auch die technische Obstruktion wird unter Strafe gestellt. Nach § 11 des Entwurfes wird jeder mit schwerem Kerker von fünf bis zu zehn Jahren bestraft, der „Gewalt anwendet oder mit Gewalt droht“, um „eine gesetzgebende Körperschaft, ihren Präsidenten, das Präsidium, einen Ausschuss oder eine Kommission derselben . . . an der Ausübung ihrer Kompetenz zu verhindern, oder dieselbe unmöglich zu machen, oder in bestimmter Richtung auf sie einzuwirken“. Der Versuch zur Verhinderung der Ausübung der Kompetenz der genannten Körperschaften muß also gar nicht „gelingen“ sein, um als strafbar zu gelten, die „Drohung mit Gewalt“, um auf sie „in bestimmter Richtung einzuwirken“, genügt schon, um dem Abgeordneten auf Jahre die Türen des Kerkers zu öffnen!

Daneben soll auch noch ein besonderer persönlicher Schutz vor „Angriffen auf das Leben verfassungsmäßiger Faktoren“ geschaffen werden, worunter im § 7 nicht nur der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung, sondern auch die Abgeordneten und Senatoren verstanden werden. Jeder Versuch des Verbrechens des Mordes an diesen Personen, jeder Versuch ihrer absichtlichen Tötung und jeder Versuch des Verbrechens wird mit schwerem lebenslänglichem Kerker bestraft. Wenn in einer in Kauferei gehaltenen Versammlung gegen einen als Redner erschienenen Abgeordneten ein Bierglas Redner erschienenen Abgeordneten ein Bierglas „Verursachung einer absichtlichen Tötung“ erfolgt werden kann, so erntet der Täter dafür — lebenslänglichem Kerker! Wird in einem solchen Falle ein gewöhnlicher Sterblicher verletzt oder getötet, so wird der Täter nach den gewöhnlichen Strafbestimmungen zur Verantwortung gezogen, wobei das Gericht bei der Strafbemessung auf allerlei mildernde Umstände Rücksicht nehmen kann, und die Strafe wird auf höchstens einige Jahre Kerker lauten. Ist der Angegriffene dagegen ein „Mitglied der gesetzgebenden Körperschaften“, so lautet die Strafe auf lebenslänglichem Kerker, die nur in besonderen Fällen herabgesetzt werden kann, wobei niemals eine mildere Strafe als zehn Jahre schwerer Kerker verhängt werden darf. Damit werden vor dem Rechte zwei Kategorien von Staatsbürgern geschaffen, solche, deren Schutz den gewöhnlichen Rechtsnormen überlassen ist, und solche, der „körperliche Sicherheit einem eigenen Ausnahmsgesetz anvertraut ist, wobei jeder Anriff auf die teuere Person eines Ministers, Abgeordneten oder Senators unter ungleich schwerere Straffunktionen gestellt wird, als jener auf andere Menschen.

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus dem Entwurfe, der aber hinreicht, um den ihn erfüllenden Geist zu erkennen. Was sonst in dem Entwurf an Härte, Grausamkeit, reaktionärem Geiste und kautschukartigen Bestimmungen enthalten ist, wird noch aufgezeigt werden. Der Zweck des Gesetzes: die dauernde Sicherung des allnationalen Koalitionssystems mit allen Mitteln, die Niederdrückung aller wirklichen demokratischen und freiheitlichen Regungen, die dauernde Etablierung der Reaktion, wird danach niemandem mehr zweifelhaft sein.

# Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

In den letzten Wochen haben in Frankreich drei Arbeiterkongresse stattgefunden. Mitte Januar versammelten sich die kommunistischen Vertrauensmänner, um zu den Beschlüssen des Moskauer Kongresses Stellung zu nehmen. Ende Januar hielt der Gewerkschaftsbund seinen Jahreskongress in Paris ab und vom 2. bis 5. Februar tagte in Lille der Kongress der französischen sozialistischen Partei. Während es aber auf der kommunistischen Tagung zu lebhaften Auseinandersetzungen kam, die zu Austritten aus der Partei führten, wie überhaupt der stetige und unaufhaltsame Niedergang der kommunistischen Partei Frankreichs festgestellt werden kann, haben sowohl die Beratungen der Gewerkschaften als auch der Parteitag der sozialistischen Partei bewiesen, daß nach der Zerrüttung der französischen Arbeiterbewegung durch die Kommunisten sich sowohl die Gewerkschaften als auch die sozialistische Partei wieder in langsamem aber stetigem Aufstieg befinden. Angesichts des Verfalls des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet, der den Frieden Europas bedroht, haben die beiden letztgenannten Tagungen internationale Bedeutung gewonnen.

Die Arbeiterbewegung Frankreichs zur Demokratie verurteilt und dadurch den imperialistischen Raubzug Poincarés erschütternd zu haben, ist das traurige Verdienst, das den französischen Kommunisten und ihren Austrittsgestirben in Moskau zufällt. Auch für die französische Arbeiterbewegung bedeuteten die ersten zwei Jahre nach dem Kriege eine Zeit prächtigen Aufstieges. Während im französischen Gewerkschaftsbund im Jahre 1914 etwa 364.000 Arbeiter organisiert waren, stieg diese Zahl bis zum ersten Halbjahr 1920 auf zwei Millionen. Von da an begann der rasche Abstieg, der durch die von den Kommunisten hervorgerufenen inneren Kämpfe verursacht wurde und durch die Spaltung der Partei im Jahre 1920 und der Gewerkschaften im Jahre 1922 vollendet wurde. In den letzten Monaten des Jahres 1922 zählte der der Antierdamer Internationale angehörende Gewerkschaftsbund etwa 400.000 Mitglieder, die kommunistischen Gewerkschaften vereinigten ungefähr 100.000 Mitglieder in ihren Reihen.

Die Tagung der französischen sozialistischen Partei fand in Lille statt, einer alten sozialistischen Hochburg, in der die Partei die Mehrheit in der Gemeindevertretung hat. Aus dem dem Parteitag vorgelegten Bericht geht hervor, daß die Partei etwa 50.000 Mitglieder in 1427 Lokalorganisationen hat, wovon nicht weniger als 300 im Jahre 1922 erloschen wurden. So zeigt es sich, daß die Partei wieder im Vordringen begriffen ist, in den Wahlen in die Departementsräte hat sie etwa eine Million Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt. Der wunde Punkt der Partei ist ihr Zentralorgan „Populaire“, für den der Parteitag eine große Aktion zu unternehmen beschloß.

Für die Internationale am bedeutsamsten waren die Verhandlungen über den Standpunkt der Partei zu den Vorgängen der auswärtigen Politik, insbesondere den Reparationen. In der dem Völkerbund vorzulegenden Adresse werden — wie der Berichterstatter des „Pravo Lids“ — auf diesem Parteitag mitteilend — folgende Forderungen erhoben: 1. Endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen. 2. Streichung der gegenseitigen Schulden der Alliierten. 3. Gewährung einer internationalen Anleihe an Deutschland zwecks Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Wiederherstellung der deutschen Staatsbahnhäute. 4. Sofortige Räumung des besetzten Gebietes, wenn die ergränzten drei Punkte erfüllt sind. Zur Frage der Ruhrbesetzung sprach der Parteitag seine Meinung dahin aus, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nur zum Schaden der Reparationsleistungen in Frankreich sein könne. So hat der französische Parteitag zur Wiederherstellung der Einheit der Gesinnung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung wesentlich beigetragen. Während französische und deutsche Nationalisten durch Haß und Feindschaft von einander getrennt sind, sind die deutsche und französische Klassenbewußte Arbeiterklasse einig darin, daß Deutschland im Rahmen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seinen Reparationspflichten nachkomme, daß aber Frankreich mit der Besetzung des Ruhrgebietes schweres Unrecht an den deutschen Arbeitern und dem Frieden Europas verübt habe. Wenn die französischen Sozialisten nicht stärker auf die Nachhaken ihres eigenen Landes einwirken können, so ist das die Schuld jener, welche die französische Arbeiterbewegung geschwächt und gespalten haben. Die deutschen Nationalisten, die geistigen Urheber der Verwüstungen in Frankreichs reichsten Provinzen 1914 bis 1918 und die von Moskau angeführten französischen Kommunisten, welche die einzige Kraft geschwächt haben, die Poincaré heute wirksam entgegengetreten könnte, sind die Schuldigen daran, daß der Friede Europas gefährdet und die deutsche Arbeiterklasse unglücklichem Leid und Elend preisgegeben ist.

## Horthn-Justiz.

Wien, 14. Febr. (Eigenbericht.) In Budapest wurde der Redakteur der „Nepzava“, Genosse Schöner, wegen Anreizung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; er hatte eine Notiz über eine an einer armen Arbeiterin geübte Herzsorglosigkeit geschrieben. Dagegen erhielt der Redakteur des Blattes der Ertrunkenen Ungarn „Dnep“ wegen eines Behauptungs, in dem er zu Judenpogromen aufforderte, zwei Wochen Ehrenhaft und 2000 Kronen Geldstrafe.

# Inland.

## Ueberflüssig und gefährlich.

Das Urteil eines tschechischen Juristen über das Schutzesetz.

Der Professor Kallap an der Brünner Universität fällt in den „Lidove Noviny“ das nachstehende vernichtende Urteil über das Schutzesetz:

Wir erachten den Entwurf für überflüssig, weil — abgesehen vom Schutze des Präsidenten der Republik — die Rechtsgüter, um die es sich handelt, hinsichtlich durch die bisherigen Rechtsvorschriften geschützt sind; wir halten ihn aber hauptsächlich deshalb für gefährlich, weil er die Aufmerksamkeit von den tiefen Gründen der die Republik bedrohenden Erscheinungen ablenkt, gegen die man nicht mit dem Strafgesetze, sondern durch indematische zielbewusste Arbeit und Hebung des Niveau des politischen Lebens überdauern entfalten kann. Die Erweiterung des Schutzes der Verfassungsfaktoren trägt an sich deutlich die Spuren der Nervosität, die sich der Politiker nach dem Attentate auf Dr. Masin bemächtigt hat. Die Vorschrift, daß die Verfassungsfaktoren — wiederum abgesehen vom Präsidenten der Republik, der als Haupt und Repräsentant des Staates erhöhten Schutz bedarf — vor einem Angriffe nicht nur beim Vollzuge ihrer Rechtsmacht, sondern wegen dieses Vollzuges, sondern auch vor Angriffen gegen ihre öffentliche Tätigkeit überhaupt geschützt werden sollen, ist grotesk. So wird nach dem Gesetze über den Schutz der Republik sich ein Hörer zu verantworten haben, der nach dem Durchfall bei der Prüfung den Professor überfällt, weil dieser zufällig ein Abgeordneter ist, oder vielleicht auch die Gattin eines Abgeordneten, die allerdings temperamentvoller ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck gibt, daß ihr Gatte jeden Sonntag zu Versammlungen fährt.

Vielleicht werden diese mutigen Worte ein paar tschechische Sozialdemokraten, wenn zu nichts anderem, wenigstens zum Nachdenken bewegen.

## Das Urteil unserer Parteipresse.

Der Karlsbader „Volkswille“ schreibt zu dem Knebelungsgesetz:

„Wie ein rettender Engel, ein deus ex machina, ist der reaktionären Gesellschaft in Prag, die nach einer völligen Erdrosselung allen geistigen und politischen Wirkens lästern ist, der Attentäter Soudal erschienen. Er hat mit seinen Schüssen auf Masin das erlösende Wort gesprochen, er ist den Prager Koalitionsdemokraten geworden, was Sand und Lössung dem Wetter nicht geworden war: Jetzt ist die Begründung da, jetzt kann die Jagd los gehen! Wir sind das Bild, dem die Jagd gilt; aber so wenig Bismarcks Ausnahmegesetz die deutsche Sozialdemokratie zur Strecke bringen konnte, so wenig wird es den kleinen Prager Nachahmern aller negativen Tugenden viel größerer Nachtmenschen gelingen, ihre Pläne ans Ziel zu tragen. Mit ihren Paragraphen werden sie dem Rade der Zeit nicht in die Speichen fallen können, ihre Kereste werden uns nicht ertöten. Gewaltmenschen seien ja doch nur Wind; Sturm aber müssen sie endlich ernten!“

Die Teplicher „Freiheit“ läßt sich über den „Wechselbalg“ folgendermaßen vernehmen:

„Nun aber ist dieser gemilderte Entwurf veröffentlicht worden, aber wer sich durch seine 42 Paragraphen mühsam durchgearbeitet hat, den packt das Grauen von solcher Milde, die ihn zweimal vierzigmal, ach nein, viel öfter noch, da ja viele dieser Paragraphen in Absätze gegliedert sind, — die ihn vielleicht achtzigmal mit schwerem Axtstreich bedroht! ... Es ist in seiner Gesamtheit ein ungeheurerlicher Wechselbalg, der in der widernatürlichen Gemeinschaft der fünf Koalitionsparteien gezeugt wurde. Es kann in den Händen geschickter Staatsanwälte und Richter zu einem Instrumente der Verfolgung jedes Staatsbürgers werden.“

## Ein neues Ermächtigungsgesetz.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses stand wieder einmal eine Ermächtigungsvorlage. Die Regierung soll ermächtigt werden, die ihr durch den Artikel 16 des Völkerbundesvertrages für den Fall eines Krieges auferlegten wirtschaftlichen Verpflichtungen im Verordnungswege durchzuführen, ohne das Parlament zu befragen und die Verordnung erst nachträglich zur Genehmigung vorzulegen. Gegen diese neuerliche Beinträchtigung der Rechte der Volksvertretung wandte sich Abg. Genosse Dr. Holitscher, der darauf hinwies, daß in diesem Staate das Verstreben herrsche, den Einfluß der Volksvertretung immer mehr und mehr zu beschneiden, der Regierung immer mehr Vollmachten zu geben und so einen verkappten Absolutismus einzuführen. Er bemängelte auch, daß die Verordnungen nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, vom Hause genehmigt werden, sondern fast immer im Ausschusse liegen bleiben. Dadurch wird dem Abgeordnetenhause der ihm gebührende Einfluß vollständig entzogen.

Minister Dr. Benesch sagte u. a.: „Was den Gesetzentwurf selbst anbelangt, haben sich einzelne Redner gegen das Ermächtigungsprinzip ausgesprochen. Diese Vorlage trägt einen Ausnahmeharakter. Die Idee des Völkerbundes ist von dem Bestreben getragen, Kriege zu verhindern und den Frieden zu retten. Damit die Regierung im kritischen Augenblick sofort zu entschiedenen und energischen Maßnahmen schreiten

kann, muß sie auch an Zeiten denken, wo das Parlament überhaupt nicht existiert, wie z. B. während der Wahlkampagne und auch wo die Einberufung einer anderen Körperschaft, wie es der Ausschuss ist, mit technischen Schwierigkeiten verbunden wäre. Infolgedessen betrachtet sich die Regierung für berechtigt, dieses Gesetz vorzulegen, und zwar im Interesse der Sache selbst, insbesondere auch im Interesse des Friedens.“

Im Anschlusse an eine Petition, über die Abg. Druschovskij erzielte und die von Arbeitern in jugoslawischen Zuckerrübenfabriken, die aus der Tschechoslowakei stammen und sich gegenwärtig in sehr bedrückten Verhältnissen befinden, eingebracht war, entwickelte sich eine Debatte über das Verhalten unserer Behörden jenen Arbeitern gegenüber, die Arbeit im Auslande suchen. Abg. Genosse Dr. Holitscher wies darauf hin, daß es häufig vorkommt, daß arbeitslosen Arbeitern, die im Inlande keine Beschäftigung finden können, die Ausstellung eines Passes verweigert wird, sodas sie die Arbeitsgelegenheit, die sich ihnen im Auslande bietet, nicht verwerten können. Auf der anderen Seite wird von der Regierung immer noch unter den Kohlenbergarbeitern Werbetätigkeit entfaltet, um sie in die französischen Kohlenbergwerke zu bringen. Noch im Februar sind an einige politische Bezirksverwaltungen Weisungen hinausgegangen, in denen der Auftrag erteilt wurde, Kohlenbergarbeiter-Transporte in die französischen Gruben zu schicken. In der gegenwärtigen Zeit, in der die deutschen Bergarbeiter im Ruhrgebiet in einem schweren Kampfe stehen, nutzt diese Tätigkeit der Behörden zumindest sehr eigentümlich an. In ähnlichem Sinne sprach auch Abg. Kreibitz.

Abg. Genosse Cernak bemerkte zu den Ausführungen des Ministers Dr. Benesch, daß in der Frage der Anwerbung von Arbeitern für das Auslande eine Verbindung zwischen dem Ministerium des Äußern und jenem für soziale Fürsorge bestehen müsse. Es muß vor allem verhindert werden, daß mit Hilfe des Ministeriums des Äußern durch eine solche und unwahre Propaganda, die von ausländischen Kapitalisten ausgeht und betrieben wird, Arbeiter ins Ausland gelockt werden. Das Ministerium muß sich vollständig neutral und objektiv verhalten. Gegenüber der Ansicht des Dr. Kramarsch, daß die Besetzung des Ruhrgebietes eine rein politische Angelegenheit sei, erklärte Redner, daß es sich im Gegenteil um einen eminent wirtschaftlichen Kampf der Bergarbeiter des Ruhrgebietes handelt, die es ablehnen, unter französischen Bajonetten zu arbeiten.

## Der Immunitätsausschuss für den Schutz der Preistreiber!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Immunitätsausschusses des Abgeordnetenhauses stand die wenig saubere Angelegenheit des tschechisch-bürgerlichen Abgeordneten Hales, welcher der Preistreiberei beschuldigt ist und dessen Auslieferung daher vom Gerichte verlangt wurde. Da die Preistreiberei ein gemeinsames Verbrechen ist, wäre diese Frage in jedem anderen Parlament der Welt rasch erledigt worden: Der der Preistreiberei bezichtigte Abgeordnete wäre überall ohne Ueberlegung ausgeliefert worden, da ein Immunitätsausschuss nur darüber zu entscheiden hat, ob es sich um ein politisches oder um ein gemeinsames Verbrechen handelt und da es dem Immunitätsausschuss gar nicht zusteht, die Frage der Schuld überhaupt aufzuwerfen, geschweige denn zu entscheiden. Da aber im parlamentarischen Leben der Tschechoslowakei andere Anschauungen und andere Methoden herrschen, als in anderen Parlamenten, welche diesen Namen mit Recht tragen, so konnte der Referent über diese Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Hales die Kühnheit aufbringen, die Ablehnung der Auslieferung des der Preistreiberei Beschuldigten zu beantragen. Dieser Skandal fand seinen würdigen Abschluß damit, daß nach längerer Debatte, in deren Verlauf sich Abg. Genosse Doktor Haas und Abg. Dr. Bartosel die Auslieferung beantragten, der Antrag des Referenten mit sechs gegen fünf Stimmen angenommen wurde! Es verdient hervorgehoben zu werden, daß für die Nichtauslieferung des der Preistreiberei Beschuldigten auch die beiden deutsch-bürgerlichen Vertreter im Immunitätsausschuss, der Alexiade Doktor Scharnagel und der Agrarier Schwaber stimmten! Diese Tatsache zeigt wieder einmal, wo und wann die tschechischen und deutschen Christlichsozialen und Agrarier immer Arm in Arm anzuretten sind. Daß der Immunitätsausschuss des Abgeordnetenhauses einen der Preistreiberei beschuldigten Parlamentarier nicht bedingungslos ausliefert, ja, daß sich vielmehr eine Mehrheit findet, die einen solchen Vergehens beschuldigten Abgeordneten dem allein zuständigen Forum des Strafgerichtes entzieht, zeigt wieder einmal von der Suberkeit, die im bürgerlich-politischen Leben dieser Republik herrscht.

Ren Aldkritik des Präsidenten Masina. Das Tsch. P. B. meldet: Wir sind ermächtigt, die Meldungen einiger Tagesblätter, daß der Präsident der politischen Landesverwaltung in Böhmen, Masina, vom Präsidenten der politischen Landesverwaltung in Mähren, Cernak, abgelöst werden soll, als grundlos zu erklären.

## Falckten unter einander.

Wien, 14. Febr. (Eigenbericht.) Der ungarische Konsulnführer Stefan Friedrich wollte diese Woche Kemal Pascha in Konstantinopel und Mussolini in Rom besuchen, um über ein gemeinsames Vorgehen der Nationalisten zu verhandeln. Er hat, wie nunmehr gemeldet wird, von Kemal keine Einreisewilligung erhalten.

# Telegramme.

## Ablehnung der türkischen Forderung.

Paris, 14. Febr. Die Sabasagentur meldet aus Konstantinopel: Die Alliierten in Konstantinopel haben dem Vertreter der Regierung von Angora, Adnan Bey, die Antwort Großbritanniens, Italiens und Frankreichs auf die türkische Note wegen der Abreise der alliierten Kriegsschiffe, die in Smyrna vor Anker liegen, übergeben. Die alliierten Regierungen lehnen es ab, den türkischen Forderungen stattzugeben.

Zunehmend ist man in französischen Kreisen der Ansicht, daß, wenn die Türken auf ihr Ultimatum, das für die Alliierten eine Herausforderung bedeutet, verzichten, die Alliierten ihrerseits einen gleich veröhnlichen Geist im Interesse des Friedens zeigen müssen, um den Türken zu beweisen, daß die Alliierten keine Hintergedanken haben. Sie sollen von den 22 Schiffen, die augenblicklich vor Smyrna liegen, nur zehn dort belassen. Das ist genau die gleiche Zahl, die sich vor dem Waffenstillstand dort befunden hat. Auf diese Art werden die Alliierten ihr Recht, Kriegsschiffe in den türkischen Hoheitsgewässern zu belassen, vollkommen wahren, während sie gleichzeitig ihre Mäßigung erweisen, um eine endgültige Regelung der Streitfragen herbeizuführen.

## Die Hege der Wiener Hafenkreuzer.

Wien, 14. Febr. Der völkisch-antisemitische Kampfausschuss hatte für heute abends drei Versammlungen mit der Devise „Osjuden hinaus“ einberufen und für diese Versammlungen in der ganzen Stadt mit großen auffallenden Hafenkreuzplakaten oigiert. Gegen 5 Uhr nachmittags kamen etwa hundert Arbeiter aus den Betrieben Landstraße vor das Etablissement Lenbacher und besetzten den Hof, wo eine Viertelstunde später 500 Sozialdemokraten versammelt waren, die Einlaß in den gesperrten Saal begehrten. Unter lauten Lärmhissen erzwangen sie sich den Eintritt in den Saal. Die Fenster wurden eingeschlagen und eine Reihe von Arbeitern drang durch die Fenster in das Lokal, um die Tür zu öffnen und auf diese Weise das Eindringen in den Saal zu ermöglichen. Als die Arbeiter in den Saal eintraten, kam es zwischen ihnen und den beim Eingange postierten Hafenkreuzkern, die sich zur Wehr setzten, zu einem wüsten Handgemenge. Polizei mußte einschreiten und nahm mehrere Verhaftungen vor. Doch dauerte es ziemlich lange, bevor die Kämpfenden getrennt werden konnten. Ein Sozialdemokrat wurde verhaftet, weil er seinen Gegner mit Fußtritt bearbeitete. Auch die Rettungsgesellschaft mußte eingreifen. Schließlich gelang es den Sozialdemokraten, den Saal zu besetzen, und sie eröffneten eine eigene Versammlung. Gegen 6 Uhr waren in dem vom antisemitischen Kampfausschuss besetzten Saal 1200 Sozialdemokraten versammelt.

Bei den Zusammenstößen wurden auf beiden Seiten 14 Personen verwundet.

## Eine zweifelhafte Reinwaschung.

Paris, 14. Febr. Das französische Ministerium des Äußern übermittelte gestern dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Note: „Mit Schreiben vom 27. Jänner hat die deutsche Botschaft der französischen Regierung mit einem Zwischenfall befaßt, der sich am 23. Jänner in Kirchend zuggetragen hat und in dessen Verlaufe ein deutscher Arbeiter verwundet worden sein soll. Aus der sofort eingeleiteten Untersuchung ergibt sich, daß die französische Wache ihre Pflicht erfüllt hat, indem sie auf einen Zivilisten schoss, der sich trotz der vorgeschriebenen Anrufe ihr näherte. Die Tatsache, daß in der Nähe der Stelle, von der der verwundete deutsche Zivilist weggeschafft wurde, ein Revolver gefunden wurde, rechtfertigt die Haltung der französischen Wache vollkommen.“

## Die französische 13 Milliardenanleihe.

Paris, 14. Febr. Die Finanzkommission der Kammer hat heute den gestern vom Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf betreffend Ausgabe und Erneuerung von kurzfristigen Schatzbons im Haushaltsjahre 1923 in der Höhe von 13 Milliarden angenommen. Der Gesetzentwurf kommt morgen im Plenum zur Verhandlung. Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß der derzeitige Notenumlauf 3766 Millionen betrage, annähernd ebensoviel wie im Jänner 1920. In einigen Tagen wird der Finanzminister einen Gesetzentwurf einbringen, der einen Kredit für die Ausgaben im Ruhrgebiet vorsieht.

## Das Beamtenabbaugesetz in Oesterreich angenommen.

Wien, 14. Febr. (AB.) Der außerordentliche Kabinettsrat erledigte in seiner heutigen Sitzung die Novelle zum Beamtenabbaugesetz. Die Vorlage, welche den mit den Parteien bew. mit den Organisationen getroffenen Vereinbarungen entspricht und bestimmt, daß in der Zeit vom 1. Jänner 1923 bis 30. Juni 1924 mindestens 75.000 Personen aus dem Bundesdienste auszuscheiden sind, wurde angenommen. Weitergehende Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt.



# Gerichtssaal.

## Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Eine Anklage auf Grund des Gesetzes vom Juni 1922.

Prag, 14. Febr. Die 17jährige Christine J. Lovoc hat trotz ihrer Jugend bereits bemerkt, aber freudlose Vergangenheit hinter sich. Als kleines Mädchen wurde sie von ihren Eltern in Wien betteln geschickt, so daß sich damals das Wiener Jugendgericht genötigt sah, das kaum achtjährige Mädchen aus der elterlichen Obhut wegzunehmen und es in einem Internat in Ernbrunn unterzubringen. Als Kind von Eltern, die nach Böhmen zurück sind, kam das Mädchen später in das Waisenhaus in Riknow in Böhmen und besuchte dort die Volksschule des Ortes. Trotzdem es nun kein Wort tschechisch verstand und erst im Febr. in die fünfte Klasse eintrat, bestand es doch alle Prüfungen mit gutem Erfolg und kam in die Bürgerchule. Aus Litten hatte das Mädchen immer die Note „Zehr gut“ gehabt. Christine Jalovec wurde nach Vollendung ihres 14. Lebensjahres als Ainderknäbchen untergebracht. In der Gesellschaft ihrer Freundinnen sang das Mädchen, dessen Erziehung ohnehin sicher nicht so gefestigt war, daß in ihr der schlechte Eindruck, den sie aus ihrer frühesten Jugend in Wien fürs Leben mitbekommen hatte, ganz verwischt worden wäre, immer tiefer und tiefer und es wurde, als es am 25. Mai 1922 seine Stelle verlor, eine Prostituierte. Vielleicht hat auch ihr Dienverhältnis mit dazu beigetragen, sie auf die Bahn des Lasters zu drängen. Einmal Prostituierte geworden, konnte sich das Mädchen nicht mehr an Arbeit gewöhnen und hatte daher viele Anstände mit der Polizei. Aus einer Anfeuerung, die ihr die Polizei verschaffte, entließ sie bereits nach drei Wochen. Im November des Vorjahres wurde die Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß die Jalovec krank sei und bereits einige Männer angehekt habe. Am 24. November gelang es dann der Polizei, das Mädchen aufzugreifen und der Polizeiart stellte tatsächlich eine Geschlechtskrankheit bei ihr fest. Die Polizei übergab das Mädchen dem Krankenhaus und erstattete gegen sie die Anzeige wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach der Ausschreibung kam das Mädchen in das „Domovina“ der Heilarmee in Prag-Stra, wo es sich derzeit noch befindet.

Heute hatte sich Christine Jalovec vor einem Strafsenat des OGH. Erhardt wegen Vergehens nach § 18, II, des Gesetzes vom 11. Juni 1922 zu verantworten. Das Mädchen, eine durchaus sympathische Erscheinung mit einem kindergesicht, dessen Augen etwas gänzlich, aber vertrauensvoll den Richter anblicken, wurde sich offenbar erst heute der Schwere ihres Vergehens bewußt. Die Vertreterin der Heilarmee, die mit der Jalovec erschienen war, gab der Angeklagten ein gutes Zeugnis: Sie sei noch ein Kind, das willig und gern gehorche und sicherlich froh sei, dem Schmutz der Gasse entronnen zu sein. Sie werde sich bessern — habe sich eigentlich schon gebessert. Der Gerichtshof, der das erste Mal ein Vergehen gegen den § 18 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu richten hatte, verurteilte die Angeklagte zu zehn Tagen strengen Arrest und 50 K Geldstrafe, bedingt auf fünf Jahre. Das Mädchen, dessen sicherlich guter sittlicher Kern erst jetzt zur Geltung kommen kann, da man es nicht mehr den Zufällen der Strafe aussetzt, dankte weinend dem Richter für die milde Strafe und versprach vollkommene Besserung.

### Aus dem Schwurgerichte.

Prag, 14. Febr. Vor dem Prager Geschworenen hatte sich heute der Arbeiter Franz K. aus Novoměstsko wegen Vergewaltigung zu verantworten. Nach der Anklageschrift überfiel K. am 25. September auf der Straße von Bolovic nach Novoměstsko den Arbeiter Wenzel Novicka und dessen Geliebte Josefa Hmel und versuchte diese zu vergewaltigen. Bei der heutigen Verhandlung, die geheim durchgeführt wurde, verneinten die Geschworenen einstimmig die gestellte Schuldfrage, so daß K. freigesprochen wurde.

In der zweiten Verhandlung, die heute beim Schwurgericht stattfand, sah auf der Angeklagtenbank der Briefträger Wenzel Medrick, beschäftigt beim Postamt Nr. 36 in Žilow, angeklagt wegen Mißbrauch der Amtsgewalt (§ 11 d. St. G.). Medrick hat Briefe aus dem Postamt geöffnet und daraus fremde Vokalen im Gesamtwerte von über 2350 K entwendet. Der Direktor des Postamtes Nr. 36 in Žilow sagte über Medrick aus: Der Angeklagte hatte bei seinem Eintritt im Staatsdienst als Telegrammsträger 1 K täglich, 50 h pro Telegramm Zustellungsgebühren und 81 K monatlich Teuerungszulage, so daß er ein Monateinkommen von 161 K hatte. Er kam dann in die Slowakei, wo er täglich bis 30 K verdiente. Nach seiner Rückkehr aus der Slowakei wurde er definitiver Anstaltsdiener und hatte 770 K monatlichen Gehalt. Er sei ein arbeitssamer Mensch, rousse und trinke nicht; nur habe er immer ein großes Vergnügen daran gehabt, gut anzugehen zu sein. Ferner unterrichtete der Angeklagte seine Mutter und seine Großmutter. Die gemisshandlung, in der die drei lebten, sei einfach, aber äußerst nett eingerichtet und es herrsche darin eine peinliche Reinlichkeit. — Auch die anderen Zeugen bestätigten die Aussagen des Postdirektors und stellten dem Angeklagten gleichfalls das beste Zeugnis aus. — Medrick wurde nach dem Wahrspruch der Geschworenen zu acht Monaten Kerker bedingt auf fünf Jahre verurteilt.

# Kleine Chronik.

**Gewicht und Inhalt der Weltmeere.** Von den ungeheuren Größenabmessungen des Weltmeeres haben die meisten Menschen so unklare Vorstellungen wie von den Dimensionen im Weltall. Daß der Stille Ozean die größte Wasserfläche der Erde darstellt, ist bekannt, er bedeckt ein Gebiet von 158 Millionen Quadratkilometern. Seine mittlere Tiefe beträgt 3900 Meter. An zweiter Stelle steht der Atlantische Ozean mit einem Flächeninhalt von 90 Millionen Quadratkilometern und einer durchschnittlichen Tiefe von etwa 4500 Metern. Dann folgt der Indische Ozean mit 74 Millionen Quadratkilometern und einer mittleren Tiefe von 3600 Metern. An vierter Stelle steht das Südpolische Eismeer; sein Inhalt wurde vor der Shackleton-Expedition auf 19,3 Millionen Quadratkilometern geschätzt; nachdem aber festgestellt worden ist, daß sich in der Gegend des Südpols ein gewaltiger Kontinent erhebt, hat diese Zahl keinen wissenschaftlichen Wert mehr und es wird neuer Feststellungen auf diesem Gebiete bedürfen. Auch die Größe des Nordlichen Eismeeres, die man vor der Entdeckung des Poles auf 15,3 Millionen Quadratkilometer annahm, steht nur schätzungsweise fest; auch in der Arktis sind noch beträchtliche Gebiete unerforscht, und man weiß noch nicht, ob sich nicht etwa in den bisher unbekannten Teilen noch Inseln befinden. Nach einer amerikanischen Berechnung wiegt das Wasser des Atlantik nicht weniger als 325.000.000.000.000.000 (325 Trillionen) Tons. Ein Tausend der diese Wassermenge aufnehmen könnte, müßte an jeder seiner Seiten 430 englische Meilen lang sein. Wollte man den Inhalt des Stillen Ozeans ausschöpfen, so wäre dazu ein Zeitraum von 440 Jahren erforderlich, wenn man jeden Tag einen Taub voll schöpfen würde, der eine Kubikmeile Inhalt hat.

## Weltwirtschaft und Sozialpolitik.

**Massenentlassung von Bergarbeitern** werden auf den Schächten der Westböhmischen Bergbau-Aktien-Gesellschaft in Staab geplant. Unter Außerachtlassung der Bestimmungen des Gesetzes über die Betriebsräte, das bekanntlich vorsieht, daß bei Massenentlassungen die Betriebsräte zu Rate gezogen werden müssen, kündigte die Betriebsleitung am Freitag den 9. d. M. am Pilsener-Jubiläum-Schacht 205 und am Rosaryl Teinigl 168 Bergleute vierzehntägig. Den Betriebsräten die natürlich sofort gegen die ungesetzlich vorgenommene Kündigung den schärfsten Protest einlegten, erwiderte die Betriebsleitung, daß über diesen Punkt überhaupt nicht verhandelt wird. Selbstverständlich wurde sofort der Revierrat und das Bergamtsgericht verständigt und dürfte es am Dienstag doch noch zu Verhandlungen kommen. Hoffentlich geht es noch diese Gefahr für unsere Bergleute abzuwenden.

**Der Hopfenanbau in der Tschechoslowakei.** Als Ergebnis der Erhebung über die mit Hopfen bebauten Flächen und über den Gesamttertrag des Hopfens im Jahre 1922 legt das Statistische Staatsamt folgende Nachricht vor (Die Daten in der Klammer betreffen das Vorjahr): In der

ganzen Tschechoslowakischen Republik betrug die Fläche der Hopfengärten im Jahre 1922 im ganzen 7862 Hektar (7673 Hektar), wovon auf Böhmen 7804 Hektar (7627), auf Mähren 52 Hektar (40) und auf die Slowakei 6 Hektar (5) entfielen. Der Gesamttertrag des Hopfens im Jahre 1922 betrug in der ganzen Tschechoslowakischen Republik 112.842 (im Vorjahre 58.066) Zentner zu je 50 Kg.; davon der Gesamttertrag in Böhmen 112.103 (57.689) Zentner, in Mähren 632 (309) Zentner und in der Slowakei 107 (68) Zentner zu je 50 Kg.

**Deutschlands passive Handelsbilanz.** Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug der Wert der gesamten deutschen Wareneinfuhr im Dezember 589,8 Millionen Goldmark. Der Wert der Ausfuhr, umgerechnet in den Dollarkurs des Dezembers, betrug 423,0 Millionen Goldmark. Für das Gesamtjahr 1922 kann man mit den folgenden Annahmewerten rechnen: Einfuhr 6,2 Milliarden Goldmark, Ausfuhr: 4 Milliarden Goldmark. Mithin weist die Handelsbilanz Deutschlands des Jahres 1922 eine Passivität von über zwei Milliarden Goldmark auf.

**Die Lebenshaltung in Oesterreich.** Aus Wien den 14. Febr. wird gemeldet: Die paritätische Kommission hat festgestellt, daß die Kosten der Lebenshaltung vom 6. Jänner bis 14. Febr. 1923 um 2 Prozent gestiegen sind.

**Eine 13 Milliardenanleihe Frankreichs.** Aus Paris den 13. Febr. wird gemeldet: Der Finanzminister hat dem Büro der Kammer einen Gesetzentwurf übermittelt, der die Genehmigung zur Ausgabe einer Anleihe von 13 Milliarden Franks vorsieht.

**Der Preisindex in Oesterreich.** Wien, 14. Febr. (Eigenbericht.) Die Indexkommission hat ein Steigen der Preise um zwei Prozent festgestellt. Gegenüber dem Index für August 1922 beträgt die Erhöhung 66 Prozent.

**97.997 Arbeitslose in Oesterreich.** Wien, 14. Febr. (Eigenbericht.) Nach den heute abgeschlossenen amtlichen Erhebungen beträgt die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 97.997, davon sind 24.586 Metallarbeiter. Im letzten halben Monat ist die Zahl der Arbeitslosen bei drei Branchen zurückgegangen, in den übrigen gestiegen.

**Holzarbeiterstreik in Ungarn.** Der Verband der ungarischen Holzarbeiter hatte vom Landesverband der Unternehmer eine 30%ige Lohnerhöhung gefordert. Da diese aber nur in den kleinen Betrieben bewilligt wurde, traten Dienstag die Arbeiter in den großen Möbelfabriken in den Streik.

**Die Wirtschaftskrise in Polen.** Aus Warschau, den 14. Febr., wird gemeldet: Die Krise in der Textilindustrie in Lodz dauert an und dehnt sich auch auf die größten Textilfabriken aus. In der vergangenen Woche wurden einige große Textilfabriken geschlossen und am Samstag einige hundert Arbeiter entlassen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich.

**Die Arbeitslosigkeit in Rußland hat, wie in einem Artikel eines russischen Kommunisten im Reichenberger „Vorwärts“ geschrieben wird, einen**

großen Umfang erreicht. In Moskau und Petersburg sind ein Viertel der Arbeiter arbeitslos. In der ersten Hälfte 1922 hat man in 35 Gouvernements 573.305 Arbeitslose verzeichnet. Unter den Arbeitslosen nehmen die Frauen 60 Prozent der Gesamtzahl ein. Als die Ursache der Arbeitslosigkeit wird die Zerrüttung der Produktionskräfte durch Weltkrieg und Bürgerkrieg, Hungernot, die Krise der Staatsfinanzen und — die neue Wirtschaftspolitik angeführt.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	100	1585,00
Berlin	100	703,23
Wien	100	2109

### Züricher Schlusskurse.

	Gold	Ware
Paris	32,20/00	32,30/00
London	24,94/00	24,97/00
Berlin	0,90/22	0,90/25
Mailand	25,70/00	25,65/00
Holland	21,74/00	21,80/00
Wien	6,074/00	6,075/00
Budapest	0,2/00	0,2/00
Bras	15,73	15,85
New York	5,32/50	5,33/00
Belgrad	5/10	5/30
Warschau	0,01/12	0,01/30
Wien gel.	0,00/00	0,00/00

### Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1360,00	1364,00
100 Mark	1470,00	1570,00
100 Schweiz. Frant.	646,75	649,25
100 Lire	165,50	167,00
100 franz. Frants	210/5	211,75
1 Pfund Sterling	168,875	169,375
1 Dollar	84/3	84/70,00
100 belg. Frants	185,25	186,75
100 Dinar	34/25,00	34/75,00
100 österr. Kronen	0,04/77	0,0/27
100 poln. Mark	825/0	825/0
100 ungar. Kronen	131/0	135,00

## Aus der Partei.

**Sitzung des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.** Freitag, den 16. Febr. 1923, 10 Uhr vormittags, findet eine wichtige Klubtagung statt. Es ist Pflicht aller Abgeordneten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

## Turnen und Sport.

**Arbeiter-Ländertwiefel Belgien gegen Frankreich 5:0.** Bei dem am Sonntag in Paris stattgefundenen Ländertwiefel konnte die belgische Arbeiterelf einen einwandfreien Sieg über die französische Arbeiterelf erringen.

**Internationales Eishockeyturnier in Paris.** Im Eishockeyturnier im Eispalast in Paris hat Dienstag Frankreich Belgien mit 3:0 geschlagen. Das Turnier wurde Mittwoch abends mit einem Treffen Frankreichs gegen die Tschechoslowakei beendet. Das Resultat steht bisher.

## Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Bolksbuchhandlung Ernst Gallier, Karlsbad.** Inquirieren Sie im **Sozialdemokrat !!**

## Dänische Butter

wird in Dänemark am wenigsten gegessen, da dort dieselbe ausgeführt wird. An Stelle von Butter wird dort sehr viel Margarine verbraucht. Die neueste Statistik spricht von einem Jahresverbrauch von 15 kg pro Kopf. In der Tschechoslowakei dagegen ist der Verbrauch an Margarine nur 1 kg pro Kopf, obwohl es hier die ausgezeichnete

# VITELLO

DELIKATESSE-MARGARINE gibt ein Zeichen, daß hier noch ein großes unbegründetes Vorurteil gegen Margarine herrscht.

## Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Heute, Donnerstag, Gastspiel Käthe Ranjan—Richard Rubla „Tosca“. Morgen, Freitag, Gastspiel Kammerjäger Ermold „Der Wildschütz“. Samstag neustudiert „Rosa Pernd“ von Gerhart Hauptmann. Sonntag „Königskavalier“ mit Richard Mayr von der Wiener Staatsoper als Gast. Montag „Der Günstling der Jarin“.

**Kleine Bühne.** Heute, Donnerstag, Gastspiel Dergan „Die Flucht nach Venedig“, Samstag abend, Sonntag nachmittag und abend „Die kleine Zänberin“.

## Vereinsnachrichten.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“** Prag, Donnerstag, 15. Febr., 8 Uhr abends. Vereinslokal der deutschen Arbeiter, Smetslagasse, Typografica beseda, 3. St., links. Vortrag des Gen. MUC. Reisinger über „Bau des menschlichen Körpers“. Nur für Mitglieder. — **Sonntag, 18. Febr.** Treffpunkt 9 Uhr vorm. Rosenstyp. Besuch des deutschen anatom. Institutes und Aquariums. Führer Reisinger. — **Montag, 19. Febr.** Vortrag Mikroskopische Studien beim Gen. Dr. Klein. Anmelden. Nur Mitglieder. Treffpunkt dreiviertel 7 Uhr, Polleschowitzker Kirche. 1442

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

# Alle

Sozialorganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Buchhandlungen, Schriftenabteilungen und alle Verwaltungen der Parteibücher, Korrespondenten und Parteigenossen

soßen den Vertrieb des

## Leschner

# Parteitagsprotokolls 1921

organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sodann die Gesamtbestellungen richten an das

**Secretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Teplice-Schönan, Seilerstraße 1.**

Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 25 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen (ausschließl. Porto)